



**Gastgeber und Referenten der Veranstaltung an der Hochschule der Sächsischen Polizei (FH):**

Sylvia Wähling von der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung (Mitte), flankiert von Peter Recknagel und Zhou Qin (v.l.) sowie von Klemens Schrenk (DVPB-Sachsen), Ralph Berthel (Rektor), Joachim Moheeb (Kanzler) und Horst Gintschel (Mittelschule Rothenburg/OL) (v.r.).

## **Menschenrechte in China (Veranstaltungen am 3. und 4. Juni 2009)**

Gemeinsam mit der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung organisierte die DVPB-Sachsen am 3. und 4. Juni 2009 anlässlich des 20. Jahrestages des Gedenkens an das Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking drei Veranstaltungen in Dresden und Rothenburg/Oberlausitz, die ca. 180 Besucherinnen und Besucher, darunter vor allem Studenten anzogen und auf ein interessiertes Presseecho stießen.

Peter Recknagel, Sinologe und Menschenrechtsexperte, und Zhou Qin, damaliger Studentenfürer in der Stadt Xi'an (chin. „Westlicher Frieden“), stellten die Ereignisse, deren Hintergründe, Folgen und die aktuelle Situation der Menschenrechte in China näher dar.

Vor zwanzig Jahren, am 3. und 4. Juni 1989, wurde die Protestbewegung der chinesischen Studenten auf dem Platz des Himmlischen Friedens (Tian An Men-Platz) in Peking durch Sicherheitskräfte brutal niedergeschlagen. Die Studenten hatten bereits seit mehreren Wochen für Demokratie und Meinungsfreiheit demonstriert und Reformen gefordert. Hintergrund der Demonstrationen von mehreren 10.000 Studenten waren öffentliche Trauerkundgebungen nach dem Tod von Hu Yaobang, Mitglied des reformorientierten Flügels der Kommunistischen Partei Chinas.

Die dramatischen Ereignisse begannen Mitte April mit Sit-Ins und Kundgebungen. Am 13. Mai 1989 begannen mehrere hundert Studenten auf dem Tiananmen-Platz einen Hungerstreik, woraufhin die Regierung den Ausnahmezustand ausrief. In der Nacht vom 3. zum 4. Juni 1989 rollten die Panzer. Die Schätzungen über die Opfer des Massakers gehen weit auseinander: Offiziell ist von knapp 300 getöteten Soldaten und Zivilpersonen die Rede. Das Rote Kreuz und Menschenrechtsorganisationen gehen von mehreren tausend Toten aus. In Peking und ganz China wurden in der Folge tausende Bürgerrechtler verhaftet und eingesperrt.

Zeitgleich hatte die Solidarisierung der DDR-Parteiführung mit dem gnadenlosen Vorgehen der chinesischen Sicherheitskräfte auch Auswirkungen auf die ostdeutsche Friedens- und Bürgerrechtsbewegung im Herbst 1989. Viele fürchteten eine „chinesische Lösung“.

Bis heute werden die Ereignisse in China nicht aufgearbeitet und öffentliche Erinnerungen mit polizeilichen und geheimdienstlichen Mitteln unterdrückt.